Global Media Journal
German Edition

BerlinUP Journals

Debatte

Freiheit zu Schweigen? Die deutsche Kommunikationswissenschaft im Nahostdiskurs

Christian Strippel im Gespräch mit Kai Hafez, Carsten Reinemann und Mandy Tröger

Zusammenfassung: Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem Beginn der flächendeckenden Bombardierung und Invasion des Gazastreifens durch das israelische Militär befindet sich die politische Öffentlichkeit in Deutschland in einem besorgniserregenden Zustand. Meldestellen verzeichnen einen starken Anstieg antisemitischer, antimuslimischer und anderer rassistischer Vorfälle, aus der Zivilgesellschaft häufen sich Klagen über Repressionen gegen Kritiker:innen der israelischen Kriegsführung und deutscher Waffenlieferungen und auch deutsche Medien sehen sich mit heftiger Kritik an ihrer Gaza-Berichterstattung konfrontiert. Obwohl zentrale Themen der Kommunikationswissenschaft betroffen sind und Universitäten zu prominenten Orten der öffentlichen Kontroverse wurden, hat sich die deutsche Fachgemeinschaft bislang kaum in die Diskussion eingebracht, weder mit empirischer Forschung noch mit normativen Stellungnahmen. Das hier dokumentierte Gespräch, das im Rahmen der 70. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) in Berlin geführt wurde, geht der Frage nach, wie sich diese Zurückhaltung erklären lässt. Als Gründe wurden maßgeblich eine fehlende Regionalexpertise, forschungsinfrastrukturelle Schwächen, persönliche Wissenslücken und Biases sowie die Angst vor Antisemitismusvorwürfen und Repressionen identifiziert, insbesondere bei Wissenschaftler:innen mit prekärer Beschäftigung.

Schlagwörter: Gaza, Israel, Palästina, Kommunikationswissenschaft, Universitäten, Proteste, Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Wissenschaftskommunikation

Abstract: Since the Hamas attack on Israel on October 7, 2023, and the widespread bombing and invasion of the Gaza Strip by the Israeli military, Germany's political public sphere has been in a concerning state. Recent reports show a sharp rise in antisemitic, anti-Muslim, and other racist incidents. Civil society actors have increasingly complained about repression against critics of Israeli warfare and German arms deliveries. German media have also faced fierce criticism for their Gaza coverage. Although communication studies' central topics are affected, and universities have become prominent sites of public controversy, the German communication studies community has hardly

Global Media Journal – German Edition
Vol. 15 No. 1 2025
ISSN 2196-4807
DOI: 10.60678/gmj-de.v15i1.344

CC BY

contributed to the discussion with either empirical research or normative statements. This discussion, held as part of the 70th annual conference of the German Communication Association (DGPuK) in Berlin, explores how this reluctance can be explained. The main reasons identified during the discussion were a lack of regional expertise regarding the Middle East, weaknesses in research infrastructure, personal knowledge gaps and biases, and a fear of accusations of anti-Semitism and repression, particularly among precariously employed academics.

Keywords: Gaza, Israel, Palestine, communication studies, universities, protests, freedom of expression, academic freedom, science communication

Angabe zu Autor:innen:
Christian Strippel ist Leiter der Forschungseinheiten „Weizenbaum Panel“ und „Methodenlab“ am Weizenbaum-Institut in Berlin. Seine Forschungsfelder sind Digitale Kommunikation, Mediennutzung, Politische Partizipation, Öffentlichkeitstheorie und Forschungsinfrastrukturen.
Orcid: 0000-0002-7465-4918
Email: christian.strippel@weizenbaum-institut.de

Kai Hafez ist Professor für Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Vergleich in der Analyse von Mediensystemen und Kommunikationskulturen an der Universität Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem globale Kommunikation, islamisch-westliche Kommunikationsbeziehungen, arabische Mediensysteme, Medienethik und Medienökologie.
Orcid: 0009-0000-1339-5089
Email: kai.hafez@uni-erfurt.de

Carsten Reinemann ist Professor für Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Politische Kommunikation an der LMU München. Seine Forschungs- und Lehrschwerpunkte sind politische Medienberichterstattung und Medienwirkung, Populismus, Extremismus und Meinungsfreiheit.
Orcid: 0000-0001-9715-8434
Email: reinemann@ifkw.lmu.de

Mandy Tröger ist Walter Benjamin Fellow der DFG und arbeitet am Institut für Medienwissenschaft der Universität Tübingen. Seit 2017 ist sie Mitglied im Organisationsteam des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft (KriKoWi). Sie hat zur Gaza-Berichterstattung in Deutschland publiziert und beschäftigt sich unter anderem mit der Frage, wie sich die sogenannten Antisemitismus-Resolutionen auf den deutschen Journalismus auswirken.
Orcid: 0009-0001-5880-8753
Email: mandy.troeger@uni-tuebingen.de

Author information:
Christian Strippel is head of the research units “Weizenbaum Panel” and “Methods Lab” at the Weizenbaum Institute in Berlin, Germany. His research focuses on digital communication, media use, political participation, public sphere theory and research infrastructures.
Orcid: 0000-0002-7465-4918
Email: christian.strippel@weizenbaum-institut.de

Kai Hafez is Professor of International and Comparative Media and Communication Studies at the University of Erfurt, Germany. His research interests include, among others, global communication, Islam-Western communication relations, Arab media systems, media ethics, and media ecology.
Orcid: 0009-0000-1339-5089
Email: kai.hafez@uni-erfurt.de

Carsten Reinemann is a Professor of Communication with a focus on Political Communication at the Department of Media and Communication at LMU Munich. His research and teaching focus on political media coverage and media effects, populism, extremism, and freedom of speech.
Orcid: 0000-0001-9715-8434
Email: reinemann@ifkw.lmu.de

Mandy Tröger is a Walter Benjamin Fellow of the German Research Foundation (DFG) and works at the University of Tübingen, Germany. Since 2017, she has been part of the organizing committee of the Network for Critical Communications Research (krikowi). She has written about media coverage of the war in Gaza and is currently working on how the so-called antisemitism resolutions are affecting journalism in Germany.
Orcid: 0009-0001-5880-8753
Email: mandy.troeger@uni-tuebingen.de

To cite this article: Strippel, Christian; Hafez, Kai; Reinemann, Carsten; Tröger, Mandy. (2025). Freiheit zu Schweigen? Die deutsche Kommunikationswissenschaft im Nahostdiskurs. *Global Media Journal – German Edition*, *15*(1), DOI: 10.60678/gmj-de.v15i1.344

Unter der Überschrift „Freiheit zu Schweigen?“ fand am 21. März 2025 im Rahmen der 70. Jahrestagung der DGPuK in Berlin ein Podiumsgespräch zur auffälligen Zurückhaltung der Fachgesellschaft im deutschen Nahostdiskurs statt. Das Motto der Jahrestagung lautete „Öffentlichkeit(en) und ihre Werte“ – eine Wahl, mit der das Tagungsteam den Fachkolleg:innen Raum geben wollte, um „sich über Werte […] zu verständigen“ und „sie auch in globaler Perspektive kritisch zu prüfen“ (DGPuK, 2024a). Die sich seit dem 7. Oktober 2023 nicht nur in Nahost überschlagenden Ereignisse, sondern auch der „Konflikt über den Konflikt“ (Grimm & Mauthofer, 2024) in Deutschland, boten dafür einen dringenden Anlass. Denn obwohl zentrale Themen der Kommunikationswissenschaft von diesen Entwicklungen betroffen sind, hatte sich die deutsche Fachgemeinschaft bis dahin kaum in die öffentliche Diskussion zum Thema eingebracht, weder mit Forschung noch mit normativen Stellungnahmen.

Mit Blick auf das Tagungsthema stellte sich deshalb fachintern die Frage nach der Balance zwischen Werten wie Wissenschaftsfreiheit, wissenschaftlicher Integrität und Solidarität. Andere Fächer, wie die Soziologie, haben sich dieser Frage bereits ausführlicher gewidmet (u.a. Burawoy, 2024, 2025; Gollasch, 2024; International Sociological Association [ISA], 2025; Villa Braslavsky, 2024; Ziadah, 2025). Um dies für die Kommunikationswissenschaft nachzuholen, sprachen Kai Hafez (Erfurt), Carsten Reinemann (München) und Mandy Tröger (Tübingen) mit Moderator Christian Strippel (Berlin) darüber, warum sich das Fach überhaupt für dieses Thema interessieren sollte und wie sich die bisherige Zurückhaltung erklären ließe. Der vorliegende Text ist eine gekürzte und leicht überarbeitete Dokumentation dieses Gesprächs.

Zum Zeitpunkt der Veranstaltung waren knapp eineinhalb Jahre seit dem Überfall der Hamas auf Israel vergangen, bei dem etwa 1.200 Menschen getötet und über 250 Menschen als Geiseln genommen wurden. Daraufhin begann die israelische Armee noch am selben Tag mit der Bombardierung des gesamten Gazastreifens, die später von einer Invasion begleitet wurde und die – abgesehen von zwei Waffenstillstandsphasen – noch immer andauerte. Hinzu kam eine weitgehende Blockade, die Lebensmittel und medizinische Güter sowie die Elektrizitäts-, Wasser- und Treibstoffversorgung umfasste. Bis Mitte März 2025 zählte das palästinensische Gesundheitsministerium in Gaza über 48.000 getötete Palästinenser:innen sowie über 112.000 Verletzte im Gazastreifen (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs [OCHA], 2025). Darüber hinaus wurden 90 Prozent der Bevölkerung des Gazastreifens vertrieben, sowie ein Großteil der urbanen, landwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Infrastruktur zerstört (Forensic Architecture, 2024). Zugleich befanden sich Mitte März noch immer über 50 israelische Geiseln im Gazastreifen (Young, 2025).

In Deutschland haben diese Ereignisse – wie auch die internationalen Entwicklungen und Diskussionen darüber – für große Verwerfungen und eine Polarisierung der politischen Öffentlichkeit gesorgt, die im besonderen Fokus der Berliner

Podiumsdiskussion standen. Durch die Lieferung von Kriegswaffen an Israel und die diplomatische Unterstützung des Landes war Deutschland von Beginn an in Israels Krieg gegen Gaza involviert, weshalb es in vielen deutschen Städten zu öffentlichen Protesten kam, immer wieder auch an Universitäten. Unter Verweis auf einen gestiegenen Antisemitismus und die deutsche „Staatsräson", der zufolge die Sicherheit Israels zu den übergeordneten Interessen des deutschen Staates zählt, wurden israelkritische und palästinasolidarische Stimmen von Politik und Medien sehr skeptisch gesehen und zum Teil auch offen bekämpft. So kam es zu Veranstaltungsabsagen, Ausladungen, Kündigungen, Versammlungsverboten und Verhaftungen sowie zu Überwachungs- und Zensurmaßnahmen, wie die Projekte „Archive of Silence"[1] und „Index of Repression"[2] dokumentiert haben.

Universitäten sind dabei zu „umkämpften Räumen" (Mauthofer & Grimm, 2025) geworden. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein studentisches Protestcamp an der Freien Universität Berlin Ende 2023, das von der Polizei zum Teil gewaltsam geräumt wurde. In einem „Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten" (2024) wandten sich daraufhin über 1.400 Unterzeichner:innen an die Berliner Universitätsleitungen, verwiesen auf das Recht von Studierenden „auf friedlichen Protest, das auch die Besetzung von Uni-Gelände einschließt" und forderten sie dazu auf, „von Polizeieinsätzen gegen ihre eigenen Studierenden ebenso wie von weiterer strafrechtlicher Verfolgung abzusehen". Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Leitung von Bettina Stark-Watzinger (FDP) ließ daraufhin prüfen, ob den Unterzeichner:innen Fördermittel entzogen werden könnten. Anfang 2025 verabschiedete der Deutsche Bundestag (2025) zudem die Resolution „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern", in der unter anderem gefordert wird, den „Austausch zwischen Hochschulen und Sicherheitsbehörden […] in Intensität und Regelmäßigkeit auszubauen" (S. 4) und die wissenschaftlich umstrittene Arbeitsdefinition für Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) „als maßgeblich heranzuziehen" (S. 5–6). Die Fokussierung der Antisemitismusbekämpfung auf Universitäten ist dabei empirisch nicht gerechtfertigt, wie eine Studie von Dezember 2023 zeigt, der zufolge antisemitische Einstellungen unter Studierenden viel weniger verbreitet sind als in der deutschen Gesamtbevölkerung (Hinz et al., 2024).

Die Kommunikationswissenschaft in Deutschland enthielt sich in den Debatten zu diesen Entwicklungen weitgehend. Während es auf internationaler Ebene öffentliche Statements zum Gaza-Krieg gab, etwa von der International Association for Media and Communication Research (IAMCR, 2023), der European Communication Research and Education Association (ECREA, 2024) oder der Fachzeitschrift *Communication, Culture and Critique* (The CCC Editorial Collective, 2025), blieben Diskussionen innerhalb der Fachgesellschaft und öffentliche Interventionen nahezu

1 https://docs.google.com/spreadsheets/d/1Vq2tm-nopUy-xYZjkG-T9FyMC7ZqkAQG9S3mPWAYwHw/
2 https://www.index-of-repression.org

aus. Eine Ausnahme ist der „Aufruf zum diskriminierungsfreien Diskurs“ (DGPuK, 2024b), mit dem sich der DGPuK-Vorstand einer Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS, 2024) zu diffamierenden Medienbeiträgen gegen die Unterzeichner:innen des „Statements von Lehrenden an Berliner Universitäten“ anschloss. Hinzu kommt die fehlende Forschung des Fachs zum Thema. Schon lange gibt es Stimmen, die deutschen Journalist:innen und Medienhäusern eine starke Einseitigkeit in ihrer Berichterstattung zugunsten Israels vorhalten (u.a. Kirlidokme, 2024). Eine im Sommer 2024 veröffentliche Umfrage von infratest dimap (2024) im Auftrag des NDR zeigte zudem, dass 31 Prozent der Deutschen meinten, die Medien würden zu sehr Partei für Israel ergreifen. Nur fünf Prozent sahen die Parteinahme auf palästinensischer Seite. Zu diesen und weiteren Themen hätte die Kommunikationswissenschaft mit ihrer Expertise durchaus beitragen können. Warum dies nicht geschehen ist, dieser Frage sollte in der Podiumsdiskussion nachgegangen werden.

Christian Strippel:
Wenn wir uns anschauen, was seit so vielen Jahren schon, vor allem aber seit dem 7. Oktober 2023, in Palästina und Israel passiert, sind viele von uns nicht selten überfordert: von der langen Historie der Gewalt, der Unübersichtlichkeit der sich aktuell überschlagenden Ereignisse, aber auch von der doch sehr ambivalenten Rolle Deutschlands in diesem Kontext. Meine erste Frage richtet sich an die ganze Runde: Wieso sollte sich die deutsche Kommunikationswissenschaft für die Geschehnisse in Nahost und die entsprechenden Debatten in Deutschland eigentlich interessieren? Was hat das mit uns zu tun?

Carsten Reinemann:
Dafür fallen mir eine ganze Menge Gründe ein. Der wichtigste Grund ist aus meiner Sicht ein historisch-politischer: Deutschland hat aus seiner Geschichte heraus nicht nur eine besondere Verantwortung für den Staat Israel, sondern mittelbar auch für Palästina. In dieser Verquickung von Verantwortung liegt für mich ein wichtiger Grund dafür, warum wir uns mit dem Konflikt auseinandersetzen sollten.

Der zweite ist im engeren Sinne ein wissenschaftlicher Grund. Es gibt einfach wahnsinnig viele Themen, die man aus wissenschaftlicher Sicht rund um diesen Konflikt bearbeiten kann: aus der politischen Kommunikationsforschung heraus, aus der Journalismusforschung, aus der Rezeptionsforschung heraus – beispielsweise zur Frage des Medienvertrauens. Es gibt diverse Wirkungsaspekte, die man sich anschauen kann.

Der dritte Grund ist, und da müssen wir uns als Empiriker:innen an die eigene Nase fassen, dass dieser Konflikt wie einige andere auch deutlich gemacht hat, dass wir trotz des technischen Fortschritts deutliche forschungsinfrastrukturelle Schwächen haben. Ich habe immer gerne handfeste Befunde, wenn ich zu irgendwas gefragt werde. Aber wir sind immer noch zu langsam darin, verlässliches Wissen über Medienberichterstattung zeitnah bereitstellen zu können. Wir hoffen immer, dass sich

das durch technische Möglichkeiten bald verbessert. Das ist aber aktuell noch nicht der Fall.

Der vierte Grund ist, dass mich dieses Thema mit eigenen Wissenslücken, mit eigenen Biases konfrontiert hat, wie ich das selten erlebt habe. Auch in der Veränderung meines Blicks auf den Konflikt.

Der letzte Grund bezieht sich auf das, was jetzt im politischen und im wissenschaftspolitischen Raum passiert ist. Angesichts der letzten sogenannten Antisemitismus-Resolution des Bundestages, die sich auf die Hochschulen und die Schulen bezieht, glaube ich, dass wir uns alle Fragen stellen müssen in Bezug auf Wissenschaftsfreiheit. In dieser Resolution sind bestimmte Formulierungen enthalten, bei denen wir uns Gedanken machen müssen, was das langfristig bedeutet, wenn wir jetzt kein Stoppschild setzen.

Also das ist das Spektrum an Gründen, die aus meiner Sicht wichtig sind.

Kai Hafez:
Ich möchte mit einem Grunderlebnis in meiner Biografie einsteigen: Ich bin jetzt seit dreißig Jahren an deutschen Hochschulen tätig. Ich komme aus der Geschichtswissenschaft, Politologie und Orientalistik, also eigentlich von der Regionalexpertise zum Nahen Osten und hatte zunächst mit Medien- und Kommunikationswissenschaft nur im Nebenfach zu tun. Als ich nach dem Studium am Deutschen Orient-Institut (heute GIGA) arbeitete, merkte ich: Orientwissenschaftler:innen haben keine Ahnung von Kommunikationsfragen. Nach meiner Habilitation zur Auslandsberichterstattung übernahm ich eine Professur für Kommunikationswissenschaft in Erfurt und musste erfahren: Kommunikationswissenschaftler:innen haben keine Ahnung vom Nahen Osten, es fehlt generell an Regionalexpertise über Asien, Afrika und Lateinamerika im Fach. Bis heute haben wir in Deutschland nur drei oder vier Professuren für internationale Kommunikationsfragen (vgl. Richter et al., 2023). Die strukturelle Absicherung für internationale Forschung stagniert. Internationalisierung im Sinne einer inhaltlichen Erforschung müsste in Deutschland deutlich besser aufgestellt werden. Zugleich ist die studentische Nachfrage nach solchen Themen enorm hoch. Das heißt, wir haben eine Kluft zwischen struktureller Unterversorgung auf der einen Seite und einer enormen Nachfrage auf der anderen Seite.

Meine Einschätzung ist, dass wir uns nicht über den Nahostkonflikt äußern, weil wir die Kompetenzen nicht haben, weil wir als tendenziell eurozentrisches Fach diese Region kaum abdecken. Das gilt nicht nur für Palästina oder die arabische Welt, sondern auch für unsere Expertise zu Israel. Max Czollek, ein bekannter deutsch-jüdischer Intellektueller, sagte einmal, über die Juden wisse man in Deutschland im Wesentlichen, dass sie vernichtet wurden. Wirklich viel Israelexpertise haben wir auch in der Kommunikationswissenschaft nicht vorzuweisen. Die Verflechtung zwischen Regionalexpertise und Kommunikationswissenschaft muss besser werden. Sonst steht es mit der Krisenfähigkeit nicht zum Besten, wir werden öffentlich nicht

nachgefragt und die Relevanz des Faches könnte irgendwann abnehmen – obwohl die Medien- und Kommunikationswissenschaften heute nach Zahlen von Studierenden größer sind als die Politikwissenschaft, zählt man alle relevanten Teilfächer.

Mandy Tröger:
Ich spreche hier aus der Perspektive des Mittelbaus. Ich denke, dass es nicht nur Kompetenzmangel oder gar Unwissen sind, die Wissenschaftler:innen aus dem Mittelbau davon abhalten, sich offen zu äußern bzw. bestimmte Narrative kritisch zu erforschen. Die Gründe liegen auch in den Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Denn das akademische System in Deutschland ist hierarchisch und selektiv, nur rund 18 Prozent aller an Hochschulen arbeitenden Wissenschaftler:innen in Deutschland sind unbefristete Professuren (Schade & Zeitler, 2024). Das heißt, die Kreise sind klein, Professor:innen kennen sich. Gerade in einem kleinen Fach wie der Kommunikationswissenschaft entscheiden sie über Stellen, Gelder und Karrieren. Das heißt, die Frage, ob man es hier als Nachwuchswissenschaftler:in langfristig schafft, hängt vor allem auch vom Wohlwollen weniger Professor:innen und dem erfolgreichen Knüpfen entsprechender Netzwerke ab. Offene Kritik und streitbare Positionierungen helfen dabei kaum.

Das bezieht sich nicht nur auf den Nahostkonflikt. Wir finden ähnliche Dynamiken auch in Bezug auf andere Konflikte und Debatten, beispielsweise den Ukraine-Krieg oder die Migrationsdebatte. Allerdings ist der Nahostkonflikt, auch aufgrund der deutschen Geschichte, wie ein Brennglas, unter dem sich Fragen der Wissenschafts-, Meinungs-, und Medienfreiheit in Deutschland stärker entzünden. Das heißt, wenn man aus dem Mittelbau heraus kritisch forschen, debattieren oder publizieren möchte, kann das im Prinzip nicht ohne negative Folgen für die eigene Karriere geschehen.

Zugleich gibt es einen großen Bedarf nach Räumen, in denen es diese wissenschaftlichen Diskurse geben kann. Letztlich geht es also um die Frage der Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft. Aus meiner Sicht ist diese Rolle, Diskursräume offen zu halten, diese Räume zu verteidigen, kritische Fragen zu stellen und schwierige Antworten zu liefern – aber das tun wir kaum. Das ist ein Grund, warum der Nahostkonflikt im Fach nicht so thematisiert wird, wie er es eigentlich herausfordert.

Christian Strippel:
Kai, du bist ja bereits einige Male zum Gaza-Krieg und dem deutschen Nahostdiskurs interviewt worden. Mit welchen Fragen wenden sich Journalist:innen üblicherweise an dich? Was sind typische Fragen, die wir als Fach ggf. auch in unserer Forschung aufgreifen könnten?

Kai Hafez:
Zunächst muss man sehen, dass es häufig diskursive Trends gibt. Im Hinblick auf die Nahostberichterstattung kann man feststellen, dass bestimmte Themen derzeit nicht angesprochen werden. Zwar gibt es Intramedienkritik, wie ich sie selbst in

großen Medien seit Jahren übe, aber das ändert nichts am Tenor der Berichterstattung, weil die „kritische Masse“ an Gegenstimmen fehlt. Intramedienkritik kann so zum Stabilisator hegemonialer Meinungslagen werden, weil sie eine Selbstreflektion des Journalismus simuliert, an der in Wirklichkeit nur sehr wenige Akteure beteiligt sind. Ein echter kritischer Dialog findet in der Zunft bislang aus meiner Sicht kaum und nur begrenzt auf wenige Journalist:innen statt. Die Journalismusverbände versagen hier aus meiner Sicht ebenfalls weitgehend. Manchmal kommt es mir so vor, als ob ich seit dreißig Jahren dieselben Dinge sage und sich nichts ändert.

Was fragen Journalist:innen? Eigentlich nichts Spezifisches. Sie fragen immer sehr allgemein: Was läuft denn falsch? Sie bekommen irgendwie über soziale Medien und andere Kanäle mit, dass es Kritik gibt an der Berichterstattung, beispielsweise dass sie als einseitig bewertet wird. Meine kritischen Antworten beziehen sich dann bspw. auf das Framing, die Wahl von Begrifflichkeiten, das Agenda-Building und die Quellennutzung der deutschen Medien. Im Hinblick auf Framing: die Medien reden oft von Terrorismus – völlig berechtigt von Hamas-Terrorismus, das muss man benennen, gar keine Frage. Aber was ist mit israelischem Staatsterrorismus? Das ist eine Begrifflichkeit, die ich ehrlich gesagt für viele Aktionen Israels benutzen würde, die aber in unseren Medien nicht auftaucht, so dass man einen Bias des Framings in Deutschland erkennen kann.

Auch die Medienagenda kann man in Frage stellen. Zum Beispiel wird palästinensisches Leid zwar erwähnt, aber es gibt kaum kommentierende Darstellungsformen oder gar Leitartikel und Titelgeschichten, die an die Humanität appellieren und Israel ebenso kritisieren wie die Hamas. Zudem fließen israelische staatliche Quellen in unsere Mediendiskurse ein, die hochmanipulativ sind und genauso problematisch wie die Hamas-Quellen. Wir sprechen hier von strategischer Öffentlichkeitsarbeit, durchaus auch von Propagandamechanismen. Die werden im deutschen Journalismus bei Israel im Gegensatz zur Hamas in der Regel nicht in Frage gestellt.

Haben Sie zum Beispiel schon mal was von Sde Teiman gehört? Sde Teiman ist eine Art Guantanamo-Lager der Israelis in der Negev-Wüste. Es ist eine entrechtete Zone, in der Palästinenser:innen als politische Gefangene auch gefoltert werden. Taucht das in den deutschen Medien auf? Selten. Stern und Spiegel haben mal kleinere Geschichten darüber gemacht, aber keine Titelgeschichten, kein nachhaltiges Agenda-Setting, und schon gar keinen appellativen humanitären Journalismus. Hier bricht ein demokratisches Land systematisch grundlegende Menschenrechte und wir bekommen es kaum mit. Guantanamo in den USA war ein riesiges Thema, Sde Teiman in Israel ist es nicht.

Das heißt, der Bewusstseinsstand für die einzelnen problematischen Facetten des Nahostkonflikts und seiner Berichterstattung ist in der Breite der journalistischen Community nur marginal vorhanden und da könnten wir als Kommunikationswissenschaftler:innen viel mehr Input geben. Nach meiner Erfahrung ist das kritische Potential unter einzelnen Journalist:innen durchaus höher einzuschätzen. Es gibt

eine wachsende Zahl nicht nur migrantischer Journalist:innen, die mehr berichten möchte und könnte und die an redaktionelle Grenzen ihrer Freiheit stoßen. Aber ob wir da bereits eine „kritische Masse“ erreicht haben, die eine stärkere Ausgewogenheit der Nahostberichterstattung bewirken kann, wage ich zu bezweifeln.

Christian Strippel:
Immerhin hat der Journalist Fabian Goldmann kürzlich eine erste Inhaltsanalyse zur Gaza-Berichterstattung der Tagesschau vorgelegt, in der er sich unter anderem das Framing durch die Wahl von Begrifflichkeiten angeschaut hat (Goldmann, 2025). Carsten, du arbeitest aktuell an einer Studie zum Medienvertrauen in die Gaza-Berichterstattung. Könntest du kurz berichten, was ihr da macht und welche Folgeforschung aus deiner Sicht notwendig ist?

Carsten Reinemann:
Ja, gern. Vielleicht aber zuerst kurz nochmal zur Frage der Freiheit innerhalb der Redaktionen, die gerade angesprochen wurde: Ich habe im Wintersemester nach dem 7. Oktober 2023 einen Kurs mit Journalistik-Studierenden gehalten zum Thema Meinungsfreiheit. Und angesichts des aktuellen Ereignisses hat eine Arbeitsgruppe in dem Kurs tatsächlich mit Journalist:innen gesprochen, die zum Thema Nahostkonflikt gearbeitet haben, und sie danach gefragt, was denn da in den Redaktionen so passiere. Und das waren ziemlich spannende Befunde. Die Wahrnehmungen von innerjournalistischer Meinungsfreiheit haben sich diametral unterschieden, je nachdem wie die Personen zu dem Konflikt standen. Da waren die eher Israel-unkritischen oder Israel-freundlichen Journalist:innen, die keinerlei Probleme gesehen haben, und dann waren da die anderen, die das eben anders gesehen haben. Und da sieht man, glaube ich, dass es zumindest in der Anfangszeit bis Januar 2024 Hinweise auf Probleme der inneren Pressefreiheit gab. Ohne empirische Belege zu haben, glaube ich, dass sich seitdem aber ein bisschen was verändert hat – sowohl in der Berichterstattung als auch intern in den Redaktionen – aber das müsste man dringend systematisch untersuchen.

Aber zurück zu unserer Studie zu Medienvertrauen. Wir haben im November 2024 eine Befragung gemacht, relativ großzahlig mit 2.000 Befragten. Wir haben uns einerseits Wahrnehmungen zur Meinungsfreiheit bei unterschiedlichen Themen angeschaut und dann auch die Wahrnehmung von Berichterstattung in Abhängigkeit von unterschiedlichen Positionierungen zum Konflikt. Mir ist ganz wichtig zu sagen, dass es diese Polarisierung, die man vielleicht annehmen könnte im Hinblick auf die Einstellungen zum Konflikt, in der Breite der Bevölkerung gar nicht gibt. Es gibt ganz viele Menschen, die sagen: Sowohl Israelis als auch Palästinenser sollen friedlich leben können. Und dann gibt es kleine Gruppen von Personen, die eindeutig auf einer Seite stehen, und bei denen sieht man dann sehr deutlich, dass die Wahrnehmung der Medienberichterstattung doch sehr abhängig ist von der Einstellung zum Konflikt. Die Bias-Wahrnehmung ist dabei übrigens sehr viel größer auf der propalästinensischen Seite. Wenn man das Hostile-Media-Konzept heranzieht, müsste man eigentlich erwarten, dass bei einer ausgewogenen Berichterstattung die Bias-

Wahrnehmung auf beiden Seiten des Konflikts die gleiche wäre. Das ist offensichtlich aber nicht der Fall und deswegen kann man schon die Hypothese formulieren, dass in den ersten Monaten in der Berichterstattung eher eine pro-israelische als ein pro-palästinensische Tendenz vorherrschte.

Ergänzend dazu scheint mir aus einer sachlich-inhaltlichen, aber auch aus einer wissenschaftlichen Perspektive schon bemerkenswert, dass es einen scheinbaren Widerspruch zwischen dem Medientenor und der Entwicklung der Bevölkerungsmeinung gibt. Wir reden viel über Berichterstattung und deren Schwächen, vor allem einen möglichen pro-israelischen Bias. Wenn man sich nun die Bevölkerungsmeinung anschaut und wie sie sich entwickelt hat im Laufe dieses Konflikts, sieht man eine fundamentale Veränderung von einer sehr pro-israelischen zu einer Sichtweise, die doch zum Beispiel sehr kritisch ist in Bezug auf das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza. Und das zeigt doch, dass die Grundgeschehnisse und das, was vor Ort abläuft, in der Substanz bei vielen Menschen ankommt und sie sich trotz oder auch wegen der Berichterstattung ihre eigene Meinung bilden.

Kai Hafez:
Das ist völlig richtig. Ich glaube, es gibt zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung eine gewisse Diskrepanz und mein Eindruck war übrigens, dass in den ersten Monaten seit Oktober 2023 kaum Demoskopie gemacht wurde von deutschen Medien. Man hat sich nicht systematisch für die öffentliche Meinung in Deutschland interessiert. Gerade dann, wenn sich die Substanz des Konflikts in der deutschen Bevölkerung herumspricht, dann können Menschen dies auch eigenständig interpretieren, zumal der Konflikt seit langem eingeführt ist. Man sollte die Konfliktkompetenz in der Bevölkerung also nicht unterschätzen. Medien verlieren sicherlich an Glaubwürdigkeit, wenn sie das nicht berücksichtigen.

Und die Art der Berichterstattung hat auch Auswirkungen auf die Politik: Die Regierung Scholz konnte von bedingungsloser Solidarität mit einer sehr rechten israelischen Regierung sprechen, weil aus dem Medienapparat kaum Gegenwind kam. Agenda-Setting hat ja verschiedene Richtungen. Wir reden immer von Medien-Bevölkerungsrelation. Aber was ist mit dem Verhältnis von Medien und Politik? Die Wende in der Flüchtlingskrise 2015 war nach meiner Lesart nur möglich, weil die Süddeutsche Zeitung und Der Spiegel damals gesagt haben: genug mit dem Sterben im Mittelmeer, und erst nach diesem Appell kam der Richtungswechsel in der Regierung Merkel. Das heißt, medialer Druck im außenpolitischen Bereich kann durchaus wichtige Wirkungen zeitigen, zumal wenn es um humanitäre Fragen geht. Das aber schaffen wir in Deutschland beim Thema Nahostkonflikt überhaupt nicht.

Christian Strippel:
Mandy, du hast bereits mit Journalist:innen über ihre Arbeit zum Gaza-Krieg und Auseinandersetzungen in den Redaktionen sprechen können. Welchen Eindruck hast du aus den Gesprächen mitnehmen können. Was ist in den Redaktionen und Medienhäusern gerade los?

Mandy Tröger:
Neben meiner Rolle als Mittelbauvertreterin spreche ich hier auch als Journalistin, die zu diesem Thema publiziert hat. Ich schreibe regelmäßig eine medienjournalistische Kolumne und habe mich in den Wochen und Monaten nach dem 7. Oktober intensiv mit der Berichterstattung über die Ereignisse in Israel und Gaza auseinandergesetzt. Es war unglaublich schwierig, dieses Thema überhaupt zu setzen; in vielen Redaktionen brannte die Hütte und Journalist:innen mussten dafür kämpfen, kritische Fragen zu stellen und komplexere Perspektiven liefern zu können. Themen wie die Genese des Konfliktes und die dokumentierten Kriegsverbrechen Israels kamen in der Berichterstattung genauso wenig vor wie die Frage, welchen Opfern medial keine Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Dieses Schweigen im Journalismus hängt eng mit dem Schweigen in der Wissenschaft zusammen. In naher Zukunft werden wohl die ersten qualitativen und quantitativen Nachrichteninhaltsanalysen erscheinen, die dann journalistische Einseitigkeiten und thematische Dissonanzen empirisch belegen. Solche Forschungsergebnisse liegen uns für fast alle Kriege der vergangenen 50 Jahre vor, die für die USA und Westeuropa von Interesse waren – von Irak bis Afghanistan. Natürlich könnten Wissenschaftler:innen dieses Wissen nutzen, um warnend aktiv zu werden. Sie könnten diese Befunde einsetzen, um zu Achtsamkeit aufzurufen und vor medialer Einseitigkeit zu warnen. Aus dem Fach der Kommunikationswissenschaft tat und tut das allerdings kaum jemand. Das ist eine verpasste Chance, einen wichtigen medialen Diskurs mitzubestimmen.

Ich konnte meine kleinen Kolumnen letztlich auch nur deshalb schreiben, weil ich zwischen den Stühlen saß: Einerseits war ich auf den Job als Journalistin nicht angewiesen, weil ich die Wissenschaft hatte. Andererseits sitze ich hier und kritisiere Strukturen in der Wissenschaft, weil ich den Journalismus in der Rückhand habe. Aber das ist ein Privileg; das können nicht alle und teilweise ist es auch Selbstbetrug. Wenn dieser Spagat im Kopf aber die Voraussetzung ist, um Mut zur Kritik zu finden, dann stimmt etwas nicht in der Wissenschaft und im Journalismus.

Carsten Reinemann:
Für mich ist ganz klar: Es gab und gibt innerhalb des Journalismus offensichtlich die Angst vor einem Antisemitismus-Vorwurf und zwar insbesondere aus dem Hause Springer. Journalist:innen wollen einfach nicht auf Seite eins der Bild-Zeitung auftauchen. Und damit sind wir wieder beim Thema Wissenschaft: Das ist ja einigen der Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft genauso ergangen. Die wurden als „Universitäter“ gebrandmarkt (Vehlewald, 2024). Und das darf man nicht unterschätzen. Das sind nun wirklich starke Bedrohungen, die mit öffentlichen Äußerungen einhergehen können. Das sehen wir innerhalb der Wissenschaft mittlerweile an vielen Stellen. Ich glaube, es gibt sicherlich durchaus Probleme mit der selbst eingeschätzten Kompetenz, sich sicher und als Experte genug zu fühlen, ob man überhaupt darüber sprechen kann. Aber ich glaube auch, für die meisten ist

es ganz klar die Frage, die sie von öffentlichen Äußerungen abhält: Was passiert da eigentlich, wenn ich mich aus dem Fenster lehne. Das ist, glaube ich, relativ klar.

Christian Strippel:
Was sind aus eurer Sicht die Gründe dafür, dass sich die deutsche Kommunikationswissenschaft so schwer damit tut, sich in den Nahostdiskurs einzubringen? Ihre Expertise wird doch zweifelsfrei und offenbar auch dringend gebraucht, sei es zur Erforschung des journalistischen Umgangs mit dem Gaza-Krieg und den deutschen Debatten, aber auch zur Reflektion möglicher Wege, wie es besser laufen könnte.

Mandy Tröger:
Das Fach der Kommunikationswissenschaft ist in Deutschland eher klein. In den USA, wo ich promoviert habe, ist die Fachgemeinschaft deutlich größer. Entsprechend gibt es dort auch mehr Nischen, in denen kritische Theorieperspektiven institutionalisiert sind – auch wenn derzeit niemand genau weiß, wohin sich die Wissenschaftsfreiheit in den USA entwickelt. Und trotzdem: Einige Tage nach dem Angriff vom 7. Oktober war ich auf einer Tagung in Philadelphia. Dort wurde das Tagungsprogramm sofort angepasst – sowohl der Angriff als auch die Frage, wie die Fachgemeinschaft mit der aktuellen Lage umgehen sollte, wurden unmittelbar thematisiert. Das fand ich wichtig und spannend, selbst wenn ich nicht mit allen Diskussionsbeiträgen einverstanden war. Es wurde wenigstens darüber gesprochen! Das sollte auch das Ziel in Deutschland sein.

Natürlich ist das leichter gesagt als getan. Aktuell arbeite ich an einem Beitrag zu den möglichen Folgen der Antisemitismus-Resolutionen auf den deutschen Journalismus. Seit Wochen versuche ich händeringend Journalist:innen zu finden, die mit mir sprechen wollen. Selbst Hintergrundgespräche oder anonymisierte Interviews sind sehr schwierig zu bekommen. Es gibt große Vorbehalte mit Wissenschaftler:innen zu sprechen, und eben auch Angst. Das kann und sollte nicht zur Normalität werden.

Carsten Reinemann:
Ich würde aus dem eigenen Erleben nach dem 7. Oktober und allem, was da passiert ist, eigentlich niemandem einen Vorwurf machen, weil ich selbst so hin- und hergerissen war in einem Mix aus Emotionen und Überlegungen, die ich so persönlich noch nicht erlebt habe. Das war sicher eine sehr deutsche Erfahrung, vermutlich auch und gerade, weil viele von uns persönliche Beziehungen nach Israel haben und ich am Anfang auch immer gedacht habe, okay, die Israelis müssen jetzt erst mal die Drohkulisse wieder aufbauen und da muss man sozusagen Verständnis haben, für die Art, wie da agiert wird.

Und dann hat für mich wirklich ein Prozess stattgefunden und irgendwann spätestens im Januar 2024, wurde mir klar, dass meine Sicht auf die Dinge, wenn nicht falsch, so doch zumindest sehr eingeschränkt war. Und ich glaube, wenn man sich dann nicht auch die Zeit nimmt und sich mit dem Thema beschäftigt, kann man

leicht zu der Einschätzung kommen: Ich habe eigentlich keine Ahnung, ich habe eigentlich nicht die Expertise, mich zu äußern, und angesichts der Shoah besteht meine persönliche Verantwortung vor allem darin, an der Seite Israels zu stehen. Ich würde diesen inneren Kampf auch vielen Journalistinnen und Journalisten attestieren und es ernst nehmen, dass die da genauso zu kämpfen haben. Vor allem aber im Bereich der Politik sehe ich eine derartige Erstarrung und Einseitigkeit in der Sicht auf den Konflikt, dass man sich nur wundern kann. Und dies ist womöglich sogar das größere Problem.

Kai Hafez:
Ich möchte etwas zur Wissenschaftsfreiheit sagen. Ich finde, wir sollten diese von allen Seiten beleuchten. Auf der einen Seite gibt es offensichtlich Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland oder in den USA. Wenn die Universitätsleitung in Köln Nancy Fraser auslädt, dann ist das für mich ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Auf der anderen Seite müssen wir ein bisschen vorsichtig sein, dass wir nicht unser eigenes Feindbild künstlich erschaffen. Viele kritische Bücher über den Nahostkonflikt einschließlich einer Kritik an der Nahost-Berichterstattung sind in US-amerikanischen Verlagen veröffentlicht worden. Auch viele arabische Dissidenten publizieren dort. Kritische israelische Stimmen finden Sie da. Also, es ist durchaus möglich, sich öffentlich kritisch zu artikulieren. Wir sollten nicht denken, die gesamte westliche Wissenschaft ist bei dem Thema total einseitig. Das stimmt so nicht. Wir müssen aber die Warnzeichen sehen.

Ich selbst hatte nie irgendein Problem. Ich rede seit dreißig Jahren sehr offen, sehr kritisch. Sicherlich kamen hier und da mal ein paar böse Mails, die AfD mag mich genauso wenig wie einige sektiererische Linke, die Israel bedingungslos unterstützen. Das ist mir relativ egal, es ist unser Job als kritische Wissenschaftler:innen, das auszuhalten, professionell „fremd“ zu bleiben, wie Zygmunt Baumann das nannte. Allerdings macht es einen Unterschied, ob man festangestellter Beamter oder prekärer Mittelbau ist: Letzteren müssen wir besser schützen!

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken, ob die Grundentwicklung von Wissenschaft durch kurzfristige Projekte wirklich gesund ist. Zu viele Forschungsförderer wie die DFG, Ministerien und Stiftungen können in Krisenzeiten mit Mittelentzug drohen, was die Basis der Wissenschaft gefährdet. Staats- und Kapitalismuskritik des Wissenschaftssystems ist dringend erforderlich, um Wissenschaftsfreiheit abzusichern.

Christian Strippel:
Es ist tatsächlich nicht so, als würden alle Leute, die jetzt über den Nahostkonflikt reden, mundtot gemacht werden. Allerdings gibt es doch schon sehr viele Fälle, bei denen kritische Stimmen sanktioniert wurden, im Journalismus wie auch in der Wissenschaft. Wir hatten im Februar 2025 an der Freien Universität Berlin erst den Fall, dass eine Veranstaltung mit Francesca Albanese, der UN-Sonderberichterstatterin zu Palästina, abgesagt wurde, genau wie es zuvor bereits an der LMU München

geschehen ist. Gefordert wurde das auch von dem Regierenden Bürgermeister in Berlin, Kai Wegner, und selbst die Bildungssenatorin Ina Czyborra hat die FU diesbezüglich unter Druck gesetzt. Bei der Alternativveranstaltung in den Redaktionsräumen der Jungen Welt gab es dann ein großes Aufgebot der Polizei, die sich gegen Widerstände der Redaktion einfach Zugang zu den Redaktionsräumen verschafft hat. In solchen Fällen haben wir es aus meiner Sicht schon mit staatlichen Repressionsversuchen zu tun. Hinzu kommt die kürzlich verabschiedete Bundestagsresolutionen zu Antisemitismus an Schulen und Hochschulen, durch die unter anderem die umstrittene IHRA-Definition für Antisemitismus vorgegeben werden soll. Man stelle sich vor, was in unserem Fach los wäre, wenn Politiker:innen einen Kommunikations- oder Medienbegriff festschreiben würden, an den wir uns in unserer Forschung fortan zu halten hätten, um bessere Chancen auf Fördermittel zu erhalten.

Kai Hafez:
Das würde doch vor keinem Gericht standhalten…

Christian Strippel:
Es gibt allerdings erheblichen politischen Druck in diese Richtung. Um nun aber wieder zurückzukommen zu der fehlenden Auseinandersetzung unseres Faches mit dem Gaza-Krieg und den Schwierigkeiten, die wir haben, über dieses Thema zu sprechen und zu forschen, stellt sich abschließend die Frage, wie wir da wieder rauskommen? Was wären Wege, die wir einschlagen müssen, um in Zukunft besser vorbereitet zu sein? Und wer ist hier in der Verantwortung?

Carsten Reinemann:
Zu der zweiten sogenannten Antisemitismus-Resolution haben sich verschiedene Wissenschaftsverbände tatsächlich positioniert und ich glaube, das ist auch ganz wichtig, es entfaltet natürlich eine gewisse Wirkung. Wir haben jetzt immer über das Öffentlichkeitswirksame gesprochen, aber ich habe die Erfahrung gemacht, wenn man in der Lehre über die Themen spricht, ist das schon mal super. Es gibt auch einen wahnsinnigen Gesprächsbedarf bei den Studierenden und ich meine, das ist auch unsere Aufgabe. Und ja, da sind natürlich Professorinnen und Professoren in einer besonderen Verantwortung. Gerade wenn es um heiße Eisen geht und speziell um dieses Thema, muss man entsprechende Signale setzen und Kritik äußern oder Zustimmung zu bestimmten Ansichten öffentlich signalisieren – ohne natürlich gerade im Kontext der Lehre andere Positionen nicht zur Geltung kommen zu lassen oder abzuwerten. Und wir sollten vor allem das tun, was wir am besten können, nämlich entsprechende Forschung betreiben und dann die Dinge auch auf einer fundierten Basis kritisieren bzw. Wissen beisteuern. Mein persönliches Gefühl als Empiriker ist, dass, wenn man sich ohne eine ausreichende substanzielle Basis äußert, auch schnell dem Vorwurf aussetzt, seine eigenen Biases wiederzugeben. Und das ist etwas, was ich mir persönlich nicht so gut vorstellen kann, sondern ich möchte meine Beiträge entsprechend gut fundieren.

Mandy Tröger:
Aus der Perspektive des Mittelbaus gesprochen, plädiere ich für mehr Vernetzung. Als sogenannte Nachwuchswissenschaftler:innen werden wir darauf trainiert, in peer-reviewed Journals zu publizieren, an Fachtagungen teilzunehmen und vor allem an unseren individuellen Karrieren zu arbeiten. Doch von diesem neoliberalen Selbstverständnis von Wissenschaft sollten wir bewusst Abstand nehmen und uns fragen: Was ist die Rolle der Wissenschaft in der Gesellschaft? Hier geht es um Grundsatzthemen, die man besser mit anderen diskutieren kann – besonders dann, wenn sich diese Themen an bestimmten Debatten oder Konflikten entzünden. Mein Motto ist deshalb: Vernetzt euch!

Gleichzeitig sollten sich Wissenschaftler:innen stärker als politisch handelnde Subjekte verstehen – was nicht bedeutet, dass Wissenschaft mit Politik gleichzusetzen ist. Vielmehr ist die Hoffnung trügerisch, dass der Rechtsruck an uns vorübergeht, die zunehmende Militarisierung in Deutschland die Wissenschaftsfreiheit unberührt lässt oder dass eine vermeintliche Neutralität vor möglichen politischen Repressalien schützt. Der Anspruch der Wissenschaft, „frei“ zu sein, ist immer auch ein politischer – insbesondere in Zeiten wie diesen. Wenn wir betrachten, was derzeit in den USA geschieht, welche Pläne die AfD in Bezug auf Forschung und Wissenschaft verfolgt oder wenn Antisemitismus-Resolutionen verabschiedet werden, die der Wissenschaft klare Vorgaben machen, dann ist es an der Zeit, Position zu beziehen. Unsere Aufgabe ist es, Räume für kritische Forschung und offene Diskussionen zu schaffen und zu verteidigen. Und das gelingt nur mit Mut, nicht durch Schweigen.

Kai Hafez:
„Politik geht nicht an uns vorbei“, das ist absolut richtig. Zugleich warne ich davor, den politischen Einfluss auf die Wissenschaft größer zu reden als er tatsächlich ist, wie es manche Mitglieder des Wissenschaftssystems heute tun. Ich möchte hier einmal ein Zeichen für Empowerment setzen. Die rechten Backlashes sind kein Schicksal, die Cliquen und rechten Netze (Trump, Musk usw.) sind nicht allmächtig. Orientwissenschaftler:innen, die Politikwissenschaft und andere Fächer sind unter Umständen besser darin, sich zu organisieren. Bei denen höre ich ständig von Protest-Petitionen, das Thema Nahost ist auf deren Fachtagungen sehr präsent. Wissenschaftsfreiheit ist ein in der Verfassung verbrieftes Recht und das sollte auch wahrgenommen werden. Es ist nicht unsere Aufgabe, irgendwelchen Trends hinterher zu laufen, sondern wir müssen dort, wo wir einen empirischen und rationalen Punkt haben, den bitte auch machen, ob in Lehre oder Forschung. Dieses Ethos darf man nicht durch vorauseilende Angst vor einer autoritären Macht aushöhlen. Wir stehen für eine kritische Wissenschaftshaltung – nicht mehr und nicht weniger.

Zitierte Literatur

Burawoy, M. (2024). Sociology Faces the Question of Palestine. *Critical Sociology*, *50*(6), 1011–1014. https://doi.org/10.1177/08969205241258524

Burawoy, M. (2025). Why and How Should Sociologists Speak Out on Palestine? *Sociological Review*, *73*(2), 249–260. https://doi.org/10.1177/00380261251321676

Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. (2024a). *Öffentlichkeit(en) und ihre Werte: Call for Papers der DGPuK-Tagung 2025 am 19. bis 21. März 2025 in Berlin*. https://userblogs.fu-berlin.de/dgpuk/files/2024/04/DGPuK_2025_CfP_final.pdf

Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. (2024b, 7. Juni). *Aufruf zum diskriminierungsfreien Diskurs*. https://www.dgpuk.de/sites/default/files/fachgruppen/DGPuK_06-2024_Aufruf%20zum_diskriminierungsfreien_Diskurs.pdf

Deutsche Gesellschaft für Soziologie. (2024, 13. Mai). *Stellungnahme der DGS zu Mediendarstellungen von Akademiker:innen im Rahmen politischer Proteste zum Israel-Gaza-Konflikt*. https://soziologie.de/fileadmin/user_upload/stellungnahmen/Stellungnahme_der_DGS_zu_Mediendarstellungen_von_Akademiker.pdf

Deutscher Bundestag. (2025, 28. Januar). *Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern (Drucksache 20/14703)*. https://dserver.bundestag.de/btd/20/147/2014703.pdf

European Communication Research and Education Association. (2024, 14. Juni). *Statement on War in Gaza*. https://www.ecrea.eu/news/13370201

Forensic Architecture. (2024). *A Spatial Analysis of the Israeli Military's Conduct in Gaza since October 2023* [Report]. https://content.forensic-architecture.org/wp-content/uploads/2024/10/FA_A-Spatial-Analysis-of-the-Israeli-militarys-conduct-in-Gaza-since-October-2023.pdf

Goldmann, F. (2025, 13. März). Die tendenziöse Sprache der „Tagesschau": Israelische Gewalt im Nahost-Konflikt wird eingebettet, palästinensische emotionalisiert. *Neues Deutschland*. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1189753.medien-im-nahost-konflikt-die-tendenzioese-sprache-der-tagesschau.html

Gollasch, C. (2024, 16. September). Autoritarismus durch die Hintertür. Wie die Antisemitismusforschung sich in ihr Gegenteil zu verkehren droht. *SozBlog*. https://blog.soziologie.de/2024/09/autoritarismus-durch-die-hintertuer-wie-die-antisemitismusforschung-sich-in-ihr-gegenteil-zu-verkehren-droht/

Grimm, J. J. & Mauthofer, L. (2024). Conflict Over the Conflict: The Restriction of Palestine Solidarity and Academic Freedom in Germany. *APSA MENA Newsletter*, *7*(2), 66–72. https://doi.org/10.5281/zenodo.13948161

Hinz, T., Marczuk, A. & Multrus, F. (2024, März). *Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen* (Working Paper No. 16). Universität Konstanz. https://doi.org/10.48787/kops/352-2-1a59j9v824fmw4

infratest dimap. (2024, Juli). *Einstellungen zur deutschen Medienberichterstattung über den Gaza-Konflikt, NDR-Magazin ZAPP*. https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/umfrage-zu-vertrauen-in-deutsche-gaza-berichterstattung/

International Association for Media and Communication Research. (2023, 22. November). *IAMCR Calls for a Just and Peaceful End to Hostilities in Gaza and for Respect for Communication Rights and the Safety of Journalists*. https://iamcr.org/clearinghouse/gaza

International Sociological Association. (2025, 13. Mai). *ISA solidarity statement with the Palestinian people*. https://www.isa-sociology.org/en/about-isa/isa-human-rights-committee/isa-solidarity-statement-with-the-palestinian-people

Kirlidokme, B. (2024, 26. September). In Deutschland gilt die Pressefreiheit – außer bei Gaza. *Jacobin*. https://jacobin.de/artikel/gaza-israel-pressefreiheit-offener-brief

Mauthofer, L. & Grimm, J. J. (2025). Zwischen Wissenschaftsfreiheit und Palästina-Solidarität: Deutsche Hochschulen als umkämpfte Räume. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, *38*(1), 150–168. https://doi.org/10.1515/fjsb-2025-2016

Richter, C., Grüne, A., Hafez, K., Fiedler, A., Behmer, M., Horz-Ishak, C., Badr, H., Litvinenko, A., Hahn, O., Radue, M., Sarısakaloğlu, A., Löffelholz, M., Fengler, S., Illg, B., Hamidi, K., Hanitzsch, T. & Thomaß, B. (2023). Die „tiefe Internationalisierung" der deutschen Kommunikationswissenschaft? Eine Evaluation der Personal- und Forschungsstrukturen sowie der Lehrprogramme deutscher Hochschulen. *Global Media Journal – German Edition*, *13*(1). https://doi.org/10.22032/dbt.57904

Schade, M. & Zeitler, M. (2024, 31. Dezember). *Professuren in Deutschland. Zahlen und Fakten: Chancen auf einen Lehrstuhl im Überblick*. https://www.academics.de/ratgeber/professur-deutschland-ueberblick

Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten. (2024). https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfVy2D5Xy_DMi-aMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEl9t1LWw/viewform

The CCC Editorial Collective. (2025). A Statement on the Ongoing Genocide in Gaza. *Communication, Culture and Critique*, *18*(1), 3–8. https://doi.org/10.1093/ccc/tcae050

United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. (2025, 18. März). *Reported Impact Snapshot | Gaza Strip (18 March 2025)*. https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-18-march-2025

Vehlewald, H.-J. (2024, 10. Mai). Die UniversiTÄTER: Uni-Lehrkräfte unterstützen Krawall-Studenten. *BILD*. https://www.bild.de/politik/inland/uni-lehrkraefte-unterstuetzen-krawall-studenten-die-universitaeter-663cb4dfa8485058948a470e

Villa Braslavsky, P.-I. (2024). Stammeln im Getöse. In L. Gorelik, M. Schellbach & M. Zadoff (Hrsg.), *Trotzdem sprechen* (S. 89–106). Ullstein.

Young, J. Y. (2025, 18. März). Fewer Than Half of the 59 Hostages in Gaza Are Believed to Be Alive. *New York Times*. https://www.nytimes.com/2025/03/18/world/middleeast/israel-gaza-hostages.html

Ziadah, R. (2025). Genocide, Neutrality and the University Sector. *Sociological Review*, *73*(2), 241–248. https://doi.org/10.1177/00380261251321336